



Beschlüsse der „Perspektiv-Konferenz“ von Bildet Berlin! am 17. Oktober 2013

1. **Bildet Berlin!** beschließt, sein Netzwerk auszubauen, um an jeder Schule Berlins einen Ansprechpartner zu haben. Das Ziel ist die berlinweite **Vernetzung** und **Mobilisierung** aller angestellten Lehrer/innen. In den nächsten Jahren werden viel tausende Lehrkräfte neu eingestellt, dieses Potential muss für die Zukunft mobilisiert werden. **Die angestellten Lehrer/innen sind die Zukunft der schulischen Bildung in dieser Stadt!**
2. **Bildet Berlin!** bekräftigt seine gültigen Forderungen nach einer gerechten tarifrechtlichen Bezahlung und tritt für die **Fortsetzung und Ausweitung des Arbeitskampfes ein**. Dies wird nur möglich sein durch das Selbstorganisieren der Lehrer/innen und deren Unterstützer/innen.

Gleichzeitig **intensiviert Bildet Berlin! seine Bemühungen**, den Konfliktzustand – der zunehmend unbefriedigend für alle Beteiligten (Lehrer/innen, Eltern und v.a. Schüler/innen) ist – durch **Diskussionsangebot und Gespräche auf parlamentarischer Ebene** zu lösen. Dazu gehört auch ein erneutes **Gesprächsangebot an die für die Lehrkräfte zuständige Senatorin Scheeres**.

3. **Bildet Berlin!** beschließt, kontinuierlich, spontan und öffentlichkeitswirksam **Aktionen** durchzuführen, um auf die eklatanten Bildungsbaustellen in Berlin aufmerksam zu machen. Hierfür **bündelt Bildet Berlin! verlässliche Akteure und Partner aus allen Bildungsbereichen der Stadt!**
4. Bildung ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und **Bildet Berlin!** versteht sich als eine Initiative zur gesellschaftlichen Rückeroberung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge. In diesem Sinne tritt **Bildet Berlin!** für einen **Haushalt zur Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge** ein und steht für die **Verteidigung des Rechts auf Bildung**.
 - siehe **Brief an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses** von Berlin

Offener Brief an die Mitglieder des

Berliner Abgeordnetenhauses



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und als solches, Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge.

Sicher stimmen Sie mit unserer Zielsetzung überein: Die Jugend unserer Stadt hat das Recht auf die bestmögliche Schulbildung! Die qualifizierte Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler ist der Schlüssel zu einer besseren Zukunft unserer Stadt.

Wir wissen, das Thema „Bildung“ steht seit jeher ganz oben auf der politischen Agenda der Hauptstadt.

Dennoch stellen wir fest:

Immer noch gibt es unhaltbare Zustände an den Berliner Schulen. Diese werden Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen nicht weiter hinnehmen. Der ‚Raubbau‘, der an uns und unserer Jugend betrieben wird, sowie der fahrlässige Umgang mit den nachfolgenden Generationen müssen ein Ende haben!

Als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist Bildung unvereinbar mit Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgründungen. Eine ausreichende Finanzierung der Bildung muss aus dem öffentlichen Haushalt erfolgen.

Darin liegt Ihre Verantwortung!

Wenn wir den aktuellen Haushalt betrachten, stellen wir fest,

- dass der notwendige Investitionsbedarf von ca. 1 Milliarde auch weiterhin fehlt. Auch fehlt ein Plan, wie dieser enorme Investitionsbedarf nach und nach abgebaut wird;
- dass nach Angaben der GEW die Berliner Schulen notwendig jährlich 660 Millionen Euro an Zusatzausstattung brauchen, um kleinere Klassen, Ganztags-Schulen, Inklusion, gesundes Arbeiten, bessere Ausbildung zu gewährleisten;
- dass den 9000 angestellten Lehrkräften die tarifliche Regelung ihrer Eingruppierung und damit Bezahlung, wobei der Grundsatz „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ entsprochen werden muss, verweigert wird.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie auf:

- Stimmen Sie keinem Haushalt zu, der die Kürzungspolitik festschreibt bzw. noch verschärft.
- Für einen Haushalt zur Wiederherstellung und Verteidigung des Rechts auf Bildung, wie der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge!

Bildet Berlin!